



Europäisches Jahr für **aktives Altern**
und **Solidarität zwischen den Generationen 2012**



Alter(n) hat Zukunft – auch in Osnabrück

Kampagne der Bürgerstiftung Osnabrück zum Demografischen Wandel



Impressum

Alter(n) hat Zukunft – auch in Osnabrück

Dokumentation zur Kampagne der Bürgerstiftung Osnabrück zum Europäischen Jahr 2012

Herausgeber: Bürgerstiftung Osnabrück

Redaktion: David Vincent Ebermann, Markus Schumacher, Wolfgang Timm

Layout/Gestaltung: Vest Marketing Osnabrück

Druck: Print24

Auflage: 1000



Inhalt

- 2 Impressum
- 3 Inhaltsverzeichnis
- 4 Vorwort: Dr. Klaus Lang
- 5 Einleitung: Die Chancen des Alterns. Osnabrücker Kampagne zum Europäischen Jahr 2012
Ein Projekt der Bürgerstiftung Osnabrück
- 8 Die Vorträge: Das neue Bild des Alterns
 - 8 Barbara Eifert: *Das neue Bild des Alterns. Eine Gesellschaft des langen Lebens definiert sich um*
 - 10 Björn Schwentker: *Demografischer Wandel – nur keine Angst! Eine „gereifte Gesellschaft“ bietet viele Optionen*
- 12 Die Vorträge: Wirtschaftsfaktor Alter
 - 12 Rudolf Kast: *Unternehmen altern – na bestens. Mit Älteren zur Technologieführerschaft*
 - 14 Delia Balzer: *Der Neue Graue Deal. Demografie als Motor für Wirtschaft und Bürgergesellschaft (1). Generationengerechte Produkte und Dienstleistungen verändern Leben und Märkte*
- 16 Die Vorträge: Reif genug für die Zivilgesellschaft
 - 16 Dr. Wilfried Reckert: *Nachbarschaftsstifter – Bürger gestalten ihr Leben im Stadtviertel. Das Gelsenkirchener Modell von Bürgerbeteiligung und Generationenpolitik*
 - 18 Loring Sittler: *Bürger unternehmen Zukunft. Die Initiativen der Generation 55+ und der Generali Zukunftsfonds*
- 20 Die Vorträge: Das Gemeinwesen als Innovationskern
 - 20 Björn Kemeter: *Der Neue Graue Deal. Demografie als Motor für Wirtschaft und Bürgergesellschaft (2). Zivilgesellschaft in Zeiten demografischen Wandels*
 - 22 Tim Kähler: *Stadtentwicklung – die Wiederkehr der Stadtteile. Lebenswerte Quartiere, in denen man alt werden kann und im Bedarfsfall daheim versorgt wird*
 - 24 Cord Soehlke: *Die Mischung macht's: Viertel zum Leben und Arbeiten für Jung und Alt. Die vielfach ausgezeichnete Quartiersentwicklung mit Bürgern in Tübingen*
- 26 Wolfgang Timm: *Alter(n) hat Zukunft – auch in Osnabrück*
- 30 Interview mit Rita Maria Rzycki, Stadt Osnabrück

Vorwort

2012 als Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen stand unter dem Gesichtspunkt des Demografischen Wandels, von dessen Auswirkungen auch Osnabrück in zunehmendem Maße betroffen sein wird. Eine stetig steigende Lebenserwartung, der anhaltende Geburtenrückgang und die daraus resultierende Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft stellen uns vor gravierende Herausforderungen.

Die öffentliche Wahrnehmung des Demografischen Wandels ist in der Regel stark von Problemen geprägt. Die Bürgerstiftung Osnabrück hat es sich stattdessen zur Aufgabe gemacht, einen öffentlichen Diskurs anzuregen, der die Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten des Wandels – insbesondere die "gewonnenen Jahre" – in den Mittelpunkt rückt. Zu diesem Zweck führte die Bürgerstiftung im vergangenen Jahr im Rahmen des Projekts „Chancen des Alterns“ eine umfassende Veranstaltungsreihe durch.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert diese Veranstaltungsreihe, um den erfolgreich angeregten Dialog zu bewahren und auszubauen. Darüber hinaus soll sie Impulse für eine positive und lebenswerte Gestaltung des Demografischen Wandels in Osnabrück setzen,

denn Alter(n) hat Zukunft – wenn die Entwicklung aktiv angegangen wird.

Herzlich zu danken ist den engagierten Referentinnen und Referenten, dem Projektleiter Wolfgang Timm, der Neuen Osnabrücker Zeitung als offiziellem Medienpartner der Kampagne, der Osnabrücker Stadträtin Rita Maria Rzycki, die uns für ein Interview bereitstand, sowie unseren Projektmitarbeitern David Vincent Ebermann und Markus Schumacher, die diese Broschüre erstellt haben.



*Dr. Klaus Lang
Vorstandsvorsitzender der
Bürgerstiftung Osnabrück*

Klaus Lang

Die Chancen des Alterns

Osnabrücker Kampagne zum Europäischen Jahr 2012

Ein Projekt der Bürgerstiftung Osnabrück

"Chancen des Alterns" – die Osnabrücker Kampagne zum Europäischen Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen – stellt eines von bundesweit 45 öffentlich geförderten Projekten dar, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), finanziert wurden. Im Zentrum des Europäischen Jahres 2012 standen die europaweite Verdeutlichung sowie kreative Umsetzung der Chancen und Aufgaben einer Gesellschaft des langen Lebens.

Altern hat Zukunft

Der Demografische Wandel ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Die Gesellschaft des langen Lebens ist bereits Teil dieser Wirklichkeit und gewinnt zunehmend an Bedeutung. So liegt die mittlere Lebenserwartung von 60-Jährigen derzeit bei 85 Jahren. Mit einer Zunahme von ein bis zwei Jahren pro Jahrzehnt ist die Lebenserwartung weiterhin steigend. Zukünftig werden wir eine Lebensspanne von 90 oder mehr Jahren bewusst planen und nutzen können – ein langes Leben als Gestaltungschance. So birgt der Demografische Wandel neben bereits häufig diskutierten Problemen zugleich zahlreiche Optionen. Jedem Einzelnen sowie der Gesellschaft als Ganzer bieten sich in nahezu allen Handlungsfeldern Möglichkeiten, die sich vollziehende Entwicklung aktiv zu formen.

Die Osnabrücker Kampagne

Im Rahmen der Osnabrücker Kampagne zum Europäischen Jahr 2012 führte die Bürgerstiftung Osnabrück als lokaler Projektträger unter der Leitung des Stifters Wolfgang Timm eine umfangreiche Veranstaltungsreihe durch. Hiermit wurde ein Dialog angeregt und die Chancen, welche das Altern in einer demografisch entwickelten Gesellschaft bietet, konnten öffentlich thematisiert werden. Einem überwiegend von Problemszenarien geprägten Bild des Demografischen Wandels wurden Lösungsansätze und Mut machende positive Beispiele entgegengestellt sowie individuelle und gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Kampagne wurde durch eine intensive Berichterstattung der Neuen Osnabrücker Zeitung – diese fungierte als offizieller Medienpartner – begleitet. Die Kampagne behandelte vier Themenschwerpunkte, zu denen jeweils mehrere Veranstaltungen durchgeführt wurden. Ausgewiesene Experten referierten zu Thematiken der Gesellschaft des langen Lebens, zeigten Problemlösungsstrategien sowie Gestaltungschancen auf, benannten Anforderungen an gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und Akteure und stellten lokale Projekte exemplarisch vor.

I. Das neue Bild des Alterns

Die demografische Entwicklung zu einer Gesellschaft des langen Lebens wird begleitet von tiefgreifenden Veränderungen bisher bekannter Lebensmuster und Lebensläufe. Zwingend wird die Gesellschaft sich in mehrfacher Hinsicht umdefinieren und somit neue Altersbilder etablieren müssen: Das gegenwärtige, von spätem Eintritt in die Erwerbstätigkeit sowie von frühem Austritt geprägte Lebensarbeitszeitmodell wird Erweiterung und Flexibilisierung erfahren. So ist zu erwarten, dass sich die Spanne der Berufstätigkeit zukünftig zunehmend auf frühere sowie spätere Lebensabschnitte verteilen und ausweiten wird – gegebenenfalls begleitet bzw.

unterbrochen durch Bildungsphasen, Familienurlaub, Bürgerarbeit und Teilzeitarbeit.

Ein Sozialstaatsbild, das Alter vorwiegend mit Ruhestand und Freizeit sowie mit gesundheitlicher Versorgung und Pflegebedürftigkeit assoziiert, wird überholt und notwendigerweise durch Berufstätigkeit und bürgerschaftliches Engagement – einschließlich der Mitgestaltung von Nachbarschaft und Stadtteil – ergänzt und überlagert werden. In diesem Kontext ist die Gesellschaft des langen Lebens zugleich als Gesellschaft des lebenslangen Lernens zu verstehen.

II. Wirtschaftsfaktor Alter

In der Gesellschaft des langen Lebens werden die Generationen 50+ die politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Einflussgruppen sein. Veränderte Konsum-, Wohn- und Lebensbedürfnisse werden mit der demografischen Entwicklung ebenso einhergehen wie alters- und generationenspezifische Anforderungen an Wirtschaft und Arbeit, Stadtentwicklung sowie Gesundheits- und Sozialwesen. Entsprechende Marktumschichtungen sind aktuell in der Bau- und Wohnungs-

wirtschaft, der Fahrzeugindustrie oder der Tourismus- und Wellness-Branche zu verzeichnen, was die Potenziale der alternden Gesellschaft als Zukunftsmarkt bereits jetzt verdeutlicht und weitere spürbare Umwälzungen erwarten lässt. Eine altersgerecht organisierte Arbeitswelt bietet gerade auch mit "gereiften" Belegschaften Chancen für Innovation und Produktivität.

III. Reif genug für die Zivilgesellschaft

Bezüglich der Entwicklungschancen von Zivilgesellschaft, Bürgerengagement und Generationensolidarität birgt die Gesellschaft des langen Lebens immenses Potenzial. Dieses zu nutzen, wird zunehmend zur gesellschaftspolitischen Notwendigkeit im Sinne von Engagementpolitik. So orientieren sich Institutionen und Verwaltungen, Verbände und Unternehmen nach wie vor in starkem Maße an traditionellen

Denkmustern und Organisationsstrukturen und können der zunehmenden Ausweitung individueller und lokaler Planungshorizonte nicht ausreichend gerecht werden. Angesichts dieser fortbestehenden Tendenzen besteht zunehmend ein besonderer Bedarf an zivilgesellschaftlichem Engagement, muss Zivilgesellschaft als Innovationswerkstatt für eine alternde Gesellschaft fungieren.

IV. Das Gemeinwesen als Innovationskern

Die demografische Entwicklung stellt die Kommunen vor spürbare Herausforderungen. Eine ihrer zentralen Aufgaben wird es sein, eigenständige Lebensführung im Alter mittels innovativer Infrastruktur und lokaler Kooperationen auch unter der Bedingung des langen Lebens zu ermöglichen. Die Zwänge der Haushaltskonsolidierung grenzen ihren Handlungsspielraum jedoch erheblich ein, so dass klassische Regulation durch den Aufbau neuer Ämter und Abteilungen sowie den

Ausbau öffentlicher Dienstleistungen häufig nicht oder nur in stark eingeschränktem Maße erfolgen kann. Demografie als Querschnitts-Ansatz der gesamten Kommunalverwaltung kann in Kombination mit einer lokalen akteursübergreifenden Kooperationsstrategie als kostengünstigere Alternative fungieren und als Bestandteil eines neuen Wohlfahrtsmix mit hohem zivilgesellschaftlichem Anteil entwickelt werden.

Die Bürgerstiftung Osnabrück

Die Bürgerstiftung Osnabrück ist eine Stiftung von Bürgern für Bürger. Die Stiftung zeichnet sich durch einen örtlichen Wirkungsraum aus und konzentriert sich in ihrem gemeinnützigen Handeln auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse in Osnabrück. Hierbei verfolgt sie – im Unterschied zu den meisten Stiftungen – nicht einen spezifischen Stiftungszweck, sondern betätigt sich in einem breiten Förderspektrum kultureller, sozialer oder umweltorientierter Aktivitäten. Die Bürgerstiftung Osnabrück ist sowohl operativ als auch fördernd tätig: Fünf eigene Projekte prägen derzeit die Arbeit der Stiftung. Gemäß ihrem Selbstverständnis als Ideengeberin und Unterstützerin bürgerschaftlichen Engagements fördert die Stiftung zudem

zahlreiche gemeinnützige Initiativen und Projekte in Osnabrück. Hierbei stellt sie infrastrukturelle, administrative oder finanzielle Leistungen bereit, um nachhaltig zur Stärkung der Osnabrücker Zivilgesellschaft beizutragen. Auch durch den Anspruch begründet, als Brücke zwischen den Generationen zu fungieren, stellt sich die Bürgerstiftung Osnabrück den Herausforderungen des Demografischen Wandels – insbesondere dem Aspekt des langen Lebens. Auf kommunaler Ebene möchte sie die Maßnahmen von Politik und Verwaltung flankieren und durch zivilgesellschaftliches Engagement ergänzen. Seit 2008 baut die Bürgerstiftung einen Programm-Schwerpunkt zum aktiven Altern in Osnabrück auf.

Das neue Bild des Alterns

Eine Gesellschaft des langen Lebens definiert sich um

Referentin: Barbara Eifert

26. Juni 2012

Zentraler Gegenstand des Vortrags von Barbara Eifert waren Altersbilder. Die Sozialwissenschaftlerin zeigte auf, welche Vorstellungen vom Altern, vom Alter an sich und der Lebenswirklichkeit alter Menschen in unserer Gesellschaft verankert sind, welche Funktionen diese erfüllen und welche Nachteile und Gefahren mit negativen Altersbildern verbunden sind. Zudem thematisierte sie Potenziale und Chancen der demo-

was Vorurteile produziere und somit Altersdiskriminierung bewirken könne. So werde die Wahrnehmung Älterer und demzufolge das Verhalten ihnen gegenüber maßgeblich durch Altersbilder beeinflusst. Eifert sieht zudem eine generelle, durch negative Altersbilder bedingte Angst vor dem Altern. Als Ausdruck dieser Angst wirke Alter in vielen Köpfen als Abgrenzungskonzept, was nicht selten die Wahrnehmung

„Die Vorstellung vom Alter muss differenzierter und auch positiver werden.“

grafischen Entwicklung. Häufig, so führte Barbara Eifert aus, bauten tief im gesellschaftlichen Denken verwurzelte Altersbilder auf falschen und undifferenzierten Darstellungen auf. Bilder, die Alter ausschließlich mit verminderter Leistungsfähigkeit und Selbstständigkeit, erhöhtem Pflegebedarf und mangelhafter Motivation gleichsetzen, entsprächen schlichtweg nicht der Realität. So seien beispielsweise lediglich 10 Prozent der Bevölkerung jenseits der Sechzig pflegebedürftig. Die Mehrzahl alter Menschen lebe selbstständig.

Diese defizitären, im sozialen Alltag jedoch als Orientierungshilfen fungierenden Vorstellungen vom Alter führten zu der Gefahr einer Verfestigung stereotyper Bewertungskategorien,

des eigenen Alterns als plötzliches Ereignis statt als Prozess bedinge. Dass differenzierte Altersbilder positiv zum Tragen kommen können, verdeutlichte Eifert an aktuellen Entwicklungen. Das Bild vom Altern sei nicht mehr durchweg von falschen und negativen Konnotationen besetzt, sondern werde mittlerweile beispielsweise im Fitness- oder Kosmetikbereich anhand positiver Darstellungen zur Produktvermarktung genutzt. Da der Bildungsgrad Älterer stetig steige und diese ohnehin über einen wertvollen Erfahrungsschatz verfügten, könne eine Förderung differenzierter Vorstellungen vom Alter vielfältige individuelle Gestaltungsmöglichkeiten sowie wertvolle Potenziale für Wirtschaft und Zivilgesellschaft freisetzen.

Für Barbara Eifert steht folglich fest, dass unsere Gesellschaft positivere und insbesondere differenziertere Altersbilder etablieren muss, um negativen Auswirkungen falscher Vorstellungen vom Alter vorbeugen, Entwicklungs- und Gestaltungshemmnisse abbauen und die Chancen des längeren Lebens effektiv nutzen zu können.

Zur positiven Gestaltung der demografischen Entwicklung, so die Sozialwissenschaftlerin, bedürfe es – auch und insbesondere auf kommunaler Ebene – klarer und umfassender Konzepte. Realistische Altersbilder sollten – ebenso wie politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement Älterer – stärker gefördert werden. Die Einbindung entsprechender Sensibilisierungsbemühungen und deutlicher Kommunikation differenzierter Altersbilder in eine engagierte Generationenpolitik müsse verstärkt erfolgen. Von Städten und Gemeinden fordert sie eine intensivere Auseinandersetzung mit den Auswirkungen und Gestaltungschancen der demografischen Entwicklung als ressort- und organisationsübergreifende Querschnittsthemen.



„Ich spreche mittlerweile immer von der demografischen Entwicklung, weil der Wandel so ein Kampfbegriff geworden ist.“

Barbara Eifert

Sozialwissenschaftlerin **Barbara Eifert** ist für die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. am Institut für Gerontologie der TU Dortmund tätig. Sie ist wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung NRW und war Gutachterin zum Thema Altersbilder für den 6. Altenbericht der Bundesregierung.

Aktuelle Veröffentlichung (zusammen mit Vera von Achenbach):
Junge Bilder vom Alter, Klartext, Essen 2010.

Demografischer Wandel – nur keine Angst!

Eine „gereifte Gesellschaft“ bietet viele Optionen

Referent: Björn Schwentker

11. Juli 2012

Dem Vortrag von Björn Schwentker lag die Prämisse einer stetig steigenden Lebenserwartung zugrunde, die er mit zahlreichen Grafiken und Datenreihen verdeutlichte. Der Hamburger Demografie- und Datenjournalist warf die Frage auf, wie wir die hierdurch neu gewonnene und tendenziell weiter anwachsende Lebenszeit nutzen wollen und können, und thematisierte, aus der zunehmenden Lebenszeit resultierende Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf Lebensläufe und Lebenszeitmodelle. Sein Fazit:

Krankheit und Abhängigkeit geprägter Altersbilder könne gewonnene Lebenszeit somit häufig auch aktiv genossen und positiv gestaltet werden. Die hieraus resultierende Frage liegt auf der Hand: Wie können sinnvolle Lebensgestaltung und Lebenszeitmodelle zukünftig aussehen und an die Bedingungen des langen Lebens angepasst werden? Björn Schwentkers Antwort hierauf beinhaltet eine Flexibilisierung der Lebenszeiteinteilung durch neue Lebensverlaufsentwürfe sowie die Ausweitung und Verteilung der Erwerbstätigkeit auf spätere

**„Wir werden sicherlich ganz anders leben, lieben und arbeiten als heute.
Es ist erlaubt, alles neu zu denken.“**

Nur keine Angst vor dem Altern! Unsere Lebenszeit steige schnell, unaufhaltsam und weltweit, führte Schwentker seine Eingangsthese aus. Pro Jahrzehnt nehme die durchschnittliche Lebenserwartung von Neugeborenen um 2,5 Jahre zu. Heute in Deutschland Geborene könnten bereits einer Lebensspanne von 100 Jahren entgegensehen. Eine gesunde Lebensführung, Bildung, medizinischer Fortschritt und höhere Einkommen seien für ein langes Leben förderlich. Die Mehrheit der Menschen lebe zudem nicht nur länger, sondern weise zunehmend auch einen besseren Gesundheitszustand im Alter auf – ein Umstand, der Mobilität sowie Leistungsfähigkeit begünstige. Entgegen gängiger, überwiegend von

Lebensabschnitte. Das klassische und stringente Muster von Lebensstadien, bestehend aus einer fest definierten Abfolge jeweils einer Phase des Lernens, der Erwerbstätigkeit und – ab etwa 65 Jahren – des Ruhestands, habe, so Schwentker, unter den veränderten Bedingungen endgültig ausgedient und müsse durch eine flexiblere Lebenszeiteinteilung ersetzt werden. In diesem Zusammenhang thematisierte der Demografieexperte eine Anpassung des Renteneintrittsalters an die höhere Lebenserwartung. Eine Anhebung des Rentenalters sei, wenn auch unpopulär, bei einer stetig und schnell steigenden Lebenserwartung zukünftig unerlässlich.

Ferner, so führte Schwentker an, entstehe durch die gereifte Gesellschaft die Option, neue Lebensverlaufsentswürfe zu entwickeln und zu realisieren. Ein längeres und gesünderes Leben beinhalte die Chance, Lebensverläufe zu entschleunigen und Privat- und Erwerbsleben in flexibler Weise zu gestalten: Erwerbstätigkeit sei aufgrund der sich fortschreitend verändernden zeit- und gesundheitlichen Bedingungen auch im Alter verstärkt möglich und wünschenswert. Kraft, Geschicklichkeit und kognitive Fähigkeiten ließen im Alter zwar nach, jedoch brächten Ältere verstärkt Erfahrung und soziale Kompetenz ein. So wisse die Forschung bereits, dass Teams, die durch eine gemischte Altersstruktur gekennzeichnet sind, am besten aufgestellt seien.

In diesem Kontext – etwa wenn eine zuvor ausgeführte körperliche Tätigkeit nicht mehr zu bewältigen ist – spiele zudem berufliche Neuorientierung eine Rolle. Das vorherrschende Vollzeitideal könne folglich hinterfragt und Arbeitszeit umverteilt werden, um die gewonnene Zeit nicht zwangsläufig am Ende des Lebens nutzen zu müssen. Stattdessen könne es zunehmend möglich werden, diese in Form von Bildungs- und Familienphasen in frühere und mittlere Lebensabschnitte zu investieren und Arbeit zunehmend auf spätere Lebensabschnitte umzulagern. Die Nutzung der Potenziale des langen Lebens bedürfe, so Schwentker, folglich einer Etablierung neuer Denkmuster auf unternehmerischer und politischer Ebene. Falsche Altersbilder seien angesichts der stetigen Alterung unserer Gesellschaft fatal und daher dringend abzubauen.



„Ein immer längeres und gesünderes Leben gibt uns immer mehr Freiraum, unseren Lebensverlauf zu entspannen, indem wir ihn umsortieren.“

Björn Schwentker

Björn Schwentker hat Volkswirtschaft, Physik und Wissenschaftsjournalismus studiert und war bei ZEIT ONLINE für das Ressort Wissen verantwortlich. Als freier Hamburger Demografie- und Datenjournalist ist er nun für die ZEIT, die FAZ und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk tätig. Für seine Artikel-Serie "Aussterben abgesagt" in der ZEIT wurde Schwentker 2008 mit dem Peter Hans Hofschneider Researchpreis für Wissenschafts- und Medizinjournalismus ausgezeichnet. Er betreibt zudem einen Internetblog zu Themen der Demografie: www.demografieblog.de

Unternehmen altern – na bestens Mit Älteren zur Technologieführerschaft

Referent: Rudolf Kast

11. Juni 2012

Der Demografische Wandel stellt auch die Wirtschaft vor Herausforderungen: Die Gesellschaft altert und mit ihr der Arbeitsmarkt. Demografie- und Personalexperte Rudolf Kast berichtete, wie Unternehmen auf Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft reagieren, anhand welcher Maßnahmen und Strategien sie die Sicherung des Fachkräftebestands und der Produktivität auch unter den veränderten Bedingungen gewährleisten können und welche Handlungsfelder dies-

Produktionsabläufe einbinden zu können, fehle es häufig an umfassenden Strategien und Lösungen. Nachholbedarf verortet Kast in verschiedenen Handlungsfeldern: So bedürfe eine erfolgreiche Unternehmensanpassung an den Demografischen Wandel neuer Formen der Rekrutierung, der Qualifizierung und Kompetenzentwicklung, der Arbeitszeitgestaltung sowie der Arbeitsorganisation und -bedingungen. Im Zentrum von Kasts Antworten auf die Herausforderung des Wandels der

„Statt Entberuflichung des Alters (...) braucht es nun etwa eine Mentalität, die Spaß am Lernen und der Veränderung verinnerlicht.“

bezüglich von besonderer Bedeutung sind. Die derzeitige Aufstellung der hiesigen Wirtschaft im Hinblick auf den Demografischen Wandel sieht Kast kritisch. Nur wenige Unternehmen seien hierzulande ausreichend auf die veränderten Beschäftigungsstrukturen vorbereitet. Das Erwerbspersonenpotenzial, das in Deutschland heute rund 42 Millionen Menschen betrage, werde im Jahr 2050 auf etwa 29 Millionen geschrumpft sein. Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung werde im selben Zeitraum von 42,4 auf 51,4 Jahre ansteigen. Um zukünftig im Wettbewerb um Fachkräfte mithalten und ältere Arbeitskräfte auch bei längerer Lebensarbeitszeit in die

Beschäftigungsstrukturen steht eine Intensivierung der Integration Älterer in die Arbeitsprozesse. Notwendig sei es, eine Kultur der „Entberuflichung des Alters“ durch eine Mentalität der Lust am Lernen und an der Veränderung zu ersetzen, was auch der Verinnerlichung neuer Altersbilder bedürfe. Jedes Unternehmen müsse diesbezüglich seine Arbeits- und Produktionsbedingungen hinterfragen und an die Bedürfnisse einer zunehmend alternden Belegschaft anpassen. Entsprechende Abänderungen der Arbeitsstruktur, der betrieblichen Gesundheitsprävention, der Ergonomie sowie der Mitarbeiterführung seien dabei notwendige Schritte.

So bestünden die Belegschaften mancher Unternehmen schon heute aus fünf Generationen. Kast riet dazu, auf altersgemischte Teams zu setzen. Nach bisherigen Erfahrungen seien Produktionssteigerungen so auch bei steigendem Altersdurchschnitt zu realisieren. Dies habe zum Beispiel ein Pilotprojekt des Automobilherstellers BMW eindrucksvoll belegt.

Die nachhaltige Bindung und Rekrutierung von Mitarbeitern durch verstärkte Wiedereingliederungsbemühungen im Falle unterbrochener Erwerbstätigkeit, die Weiterqualifizierung und stetige Kompetenzentwicklung älterer Arbeitnehmer sowie eine flexible Arbeitszeitgestaltung stellen weitere Bestandteile von Kasts Konzept dar. Die Weiterqualifizierung älterer Arbeitnehmer sei dann Erfolg versprechend, wenn die Lerninhalte auf bisherigen Kenntnissen aufbauen und arbeitsnah gestaltet werden. Ältere Arbeitnehmer seien nicht selten „lernentwöhnt“. Daher müsse das Lerntempo individuell gestaltet sowie Wettbewerb vermieden werden. Einheitliche Arbeitszeitregelungen seien insbesondere für ältere Arbeitnehmer nicht geeignet, da Gesundheit und Leistungsfähigkeit sich mit zunehmendem Alter individuell entwickelten. Mittels langfristig differenzierter Arbeitszeitangebote könne divergierenden Bedürfnissen verschiedener Mitarbeitergruppen besser entsprochen werden.



„Notwendig ist, die gesamte Erwerbsbiografie eines Menschen zu betrachten.“

Rudolf Kast

Rudolf Kast ist Gründer der auf Personalmanagement spezialisierten Unternehmensberatung "Die Personalmanufaktur" und Vorstandsvorsitzender von "Das Demographie Netzwerk e.V. (ddn)". Zuvor war Kast Mitglied der Geschäftsleitung der SICK AG in Waldkirch (Breisgau), einem Weltmarktunternehmen der Sensortechnologien für Fabrikautomation und Logistik, das seit 10 Jahren zu den 100 besten Arbeitgebern Deutschlands (Wettbewerb Great Place To Work) gehört. Das Unternehmen zeichnet sich durch Familienorientierung, Personalentwicklung für alle Altersgruppen und Gesundheitsförderung aus.

Der Neue Graue Deal. Demografie als Motor für Wirtschaft und Bürgergesellschaft (1) Generationengerechte Produkte und Dienstleistungen verändern Leben und Märkte

Referentin: Delia Balzer

05. Dezember 2012

Auch die Märkte sind von der demografischen Entwicklung betroffen. Die veränderte Altersstruktur unserer Gesellschaft wird das Konsumverhalten zunehmend umdefinieren und neue Marktpotenziale erzeugen. Die Sozialpädagogin Delia Balzer beschrieb die ökonomischen Änderungen der alternden Gesellschaft. Sie führte aus, inwiefern sich das Konsumverhalten ändern wird und nach welchen Kriterien die Wirtschaft eine generationengerechte Produkt- und Dienstleistungsentwicklung ausrichten sollte, um die ausdifferenzierten Marktstrukturen einer alternden Gesellschaft nutzen und den spezifischen Bedürfnissen des Alters anhand zielgruppengerechter

Bezug auf die Wirtschaftsfaktoren Pflege und Gesundheit sowie Tourismus sei starkes Wachstum zu erwarten. In geringem Maße gelte dies auch für die Bereiche Wellness und Wohnungseinrichtung. Der Anteil der Faktoren Mobilität, Kleidung und Nahrung am Gesamtkonsum werde hingegen abnehmen.

Diese Marktentwicklungen und umgelagerten Potenziale erfordern Anpassungen in der Produkt- und Dienstleistungsgestaltung. Derzeit, so Balzer, seien ausgewiesene Seniorenprodukte in der Regel zu defizitorientiert, weshalb der Zuspruch häufig ausbleibe. Vielmehr müsste zielgruppenge-

„Der Seniorenmarkt ist ein Wachstumsmarkt.“

Angebote entsprechen zu können. Dass der Seniorenmarkt ein Wachstumsmarkt ist, belegte Balzer anhand einer Studie des Bundesfamilienministeriums. Demnach werde bereits jetzt in Deutschland mehr als jeder zweite Euro von Menschen ausgegeben, die ein Lebensalter von fünfzig oder mehr Jahren erreicht haben. Im Jahr 2035 werden diese Altersgruppen einen Anteil von 58 Prozent am Gesamtkonsum haben, wobei insbesondere der Anteil der über 65-Jährigen zunehmend an Bedeutung gewinnen werde. Diese Entwicklung bedinge branchenspezifische Änderungen des Konsumverhaltens. So sei zu erwarten, dass zukünftig im Bereich Gesundheit und Freizeit erheblich mehr Geld ausgegeben werde. Speziell in

rechte Produktgestaltung auf die spezifischen Bedürfnisse und Ansprüche Älterer, welche auch durch körperliche Einschränkungen definiert seien, ausgerichtet werden. Dabei sei besonders auf leichte Handhabung und hohe Funktionalität zu achten. Ein Beispiel sei der Siegeszug der E-Bikes. Darüber hinaus könne verstärkt auf ein „Universal Design“ gesetzt werden, welches die Bedürfnisse älterer und jüngerer Verbraucher gleichermaßen berücksichtigt und miteinander vereint. So gelte der Grundsatz, „Was Älteren nützt, tut auch Jüngeren gut!“, der als Slogan eines Gütesiegels für generationenfreundliche Einzelhandelsgeschäfte fungiert, auch in der Produkt- und Dienstleistungsgestaltung.

Es stellt sich demzufolge die Frage, welche konkreten Maßnahmen Unternehmen ergreifen können, um die Bedürfnisse und Anforderungen älterer Menschen ausreichend in ihre Produktentwicklung einfließen zu lassen. Delia Balzer sieht entsprechende Möglichkeiten im Einbeziehen älterer Mitarbeiter in die Produktgestaltung, in Kundenbefragungen und dem Einsatz Älterer als Produkttester. Altersspezifische Bedürfnisse müssten für die Produktentwickler erlebbar werden. Aber nicht nur das Ausschöpfen ökonomischer Potenziale zwingt zur Entwicklung generationengerechter Produkte. Diese bergen zudem die Chance, einen wertvollen Beitrag zum Erhalt weitgehender Autonomie im Alter zu leisten.

So spricht Balzer insbesondere der Konzeption spezifischer Assistenzsysteme das Potenzial zu, Selbstständigkeit im Alter und den Verbleib Älterer im eigenen Wohnraum zu ermöglichen. Assistenzsysteme könnten unter anderem zur Unterstützung des häuslichen und außerhäuslichen Alltags sowie der ambulanten und stationären Pflege eingesetzt werden, so die Sozialpädagogin.



*"Bangemachen gilt nicht!
Wir alle sollten uns den
Herausforderungen
stellen, frühzeitig Vor-
sorge zu treffen."*

Delia Balzer

Als unternehmerische Netzwerkerin mit starkem interdisziplinärem Bezug leitet Diplom-Sozialpädagogin **Delia Balzer** seit 2008 die Landesinitiative Niedersachsen Generationengerechter Alltag (LINGA). Der Verbund widmet sich unter anderem der Vernetzung von Unternehmen, Branchen und Innovationen mit starkem demografischem Entwicklungspotenzial.

Nachbarschaftsstifter – Bürger gestalten ihr Leben im Stadtviertel

Das Gelsenkirchener Modell von Bürgerbeteiligung und Generationenpolitik

Referent: Dr. Wilfried Reckert

24. September 2012

Will eine Stadt ein generationengerechtes Leben ermöglichen, so darf sie die spezifischen Belange Älterer bei der Gestaltung der Nachbarschaften nicht unberücksichtigt lassen. Mit ihrem Modell von Bürgerbeteiligung und Generationenpolitik haben die Verantwortlichen der Stadt Gelsenkirchen Strukturen zur Einbindung seniorenspezifischer Interessen aufgebaut. In seinem Vortrag stellte Dr. Wilfried Reckert, Senioren- und Behindertenbeauftragter der Stadt, das Gelsenkirchener Modell vor.

Diesbezüglich werde es älteren Menschen ermöglicht, die eigenen Interessen, eingebettet in eine „Kultur der Kooperation“, gegenüber der Kommunalpolitik zu vertreten. Das Modell sei auf andere Städte übertragbar. Als strukturelle Grundpfeiler des Gelsenkirchener Modells fungieren ein Seniorenbeirat und eine jährliche Seniorenkonferenz. Hinzu kommt der Einsatz von ehrenamtlichen und eigens für diese Tätigkeit ausgebildeten Seniorenvertretern bzw. Nachbarschaftsstiftern in den 40 Stadtteilen. Für die Selbstorganisation Älterer

**„Es geht darum, den Menschen, die sich freiwillig engagieren,
eine gewisse Wirkungsmacht zu geben.“**

Mit dem seit 2005 umgesetzten Gelsenkirchener Modell wird das Ziel verfolgt, regelmäßige Partizipation älterer Menschen an der Stadtpolitik zu gewährleisten und Bürgerarbeit in den Stadtteilen zu unterstützen. Hierbei gehe es nicht um einmalige Maßnahmen, sondern um die Etablierung dauerhafter und verlässlicher „Ermöglichungsstrukturen“ zur Beteiligung Älterer an der Stadtentwicklung und der – auch eigenständig in den Stadtteilen organisierten – Nachbarschaftsgestaltung, so Dr. Reckert.

vor Ort kommt den Seniorenvertretern bzw. Nachbarschaftsstiftern eine zentrale und vielseitige Rolle zu. Sie seien, so führte Dr. Reckert aus, zugleich erste Ansprechpartner im Viertel und Lotsen innerhalb des städtischen Hilfesystems, Vermittler nachbarschaftlicher Hilfe und Interessenvertreter gegenüber der Kommunalpolitik in Fragen der Nachbarschaftsgestaltung. Von 69 bisher ausgebildeten Personen seien 63 als Seniorenvertreter/Nachbarschaftsstifter aktiv geworden.

Weiterer Bestandteil des Gelsenkirchener Modells ist das Seniorennetz, ein Kooperationsverbund der örtlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Das Netzwerk leistet infrastrukturelle Unterstützung der bürgerschaftlichen Arbeit in den Stadtteilen: Es unterhalte, so Dr. Reckert, Senioren-Infocenter in den Vierteln und stelle den Seniorenvertretern und Nachbarschaftsstiftern eingerichtete Büroräume zur Verfügung. Darüber hinaus lege es die Kooperationsregeln fest. Der Aufbau entsprechender Strukturen und deren erfolgreiche Nutzung bedürfen bestimmter Voraussetzungen. So sieht Dr. Reckert in einer bürgerschaftlichen Kultur, welche das Potenzial Älterer als Experten einer senioren- und familiengerechten Stadtentwicklung erkennt, sie als solche ernst nimmt und nicht zur Abfederung von Sozialabbau gebraucht, eine zentrale Bedingung erfolgreicher Beteiligung. Folglich wolle die Stadt Gelsenkirchen nicht bevormundend handeln, sondern auf Augenhöhe agieren, um Freiwillige für Bürgerarbeit und -beteiligung zu gewinnen, so der Senioren- und Behindertenbeauftragte.



„In unserem Gelsenkirchener Modell ringen wir darum, Ermöglichungsstrukturen zu schaffen, (...) die dazu führen, dass sich ältere Menschen regelmäßig und ohne besondere Umstände in die Stadtpolitik einbringen können. Dieses Modell ist auch auf andere Städte übertragbar.“

Dr. Wilfried Reckert

Dr. Wilfried Reckert ist Senioren- und Behindertenbeauftragter der Stadt Gelsenkirchen, Leiter der entsprechenden Stabstelle und Koordinator des Gelsenkirchener Seniorennetzes, einem Kooperationsverbund der örtlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen mit Infocentern in den Stadtteilen.

Bürger unternehmen Zukunft

Die Initiativen der Generation 55+ und der Generali Zukunftsfonds

Referent: Loring Sittler

18. Oktober 2012

Loring Sittler, Geschäftsführer des Generali Zukunftsfonds, thematisierte das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements der Generationen 55+ vor dem Hintergrund des Demografischen Wandels. So beschrieb Sittler, welches Potenzial die Bürgergesellschaft hinsichtlich einer positiveren Gestaltung der demografischen Entwicklung birgt, welches sinnstiftende Element der Freiwilligenarbeit innewohnt und anhand welcher Maßnahmen entsprechendes Engagement Älterer gefördert werden kann. Sittler warf die Frage auf, wie die

schen Wandels zudem verstärkt ein dringender gesellschaftlicher Bedarf an mehr Bürgerengagement. Um die immer weniger werdenden Familien und deren Funktionen zu ersetzen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die allgemeine Lebensqualität erhalten zu können, bedürfe es der intensivierten Freisetzung und des weiteren Ausbaus von Freiwilligenaktivität und Nachbarschaftshilfe. Das Einbringen der Lebenserfahrung und der Fähigkeiten Älterer sei hierbei dringend notwendig, führte Sittler seine These aus. Aus

„Wir fördern alles, was dazu beiträgt, dass das bürgerschaftliche Potenzial der Älteren gestärkt werden kann.“

Zeit nach der Erwerbstätigkeit – im Anschluss an diese befrage die durchschnittliche Lebenserwartung derzeit noch 18,4 Jahre – sinnstiftend genutzt werden kann. Die heute 65-Jährigen seien gesünder und besser qualifiziert als jede Generation zuvor. Mit dem Austritt aus dem Beruf fiele jedoch ein zentrales „Identität stiftendes und Leben füllendes Element“ weg, was häufig ein Gefühl der Leere hervorrufe und Depressionen bedingen könne. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement könne diese Leere ausfüllen und den Beruf als vormals sinnstiftendes Element ersetzen, so Sittler.

Neben dieser persönlichen Chance zur sinnvollen Gestaltung des Alters, bestehe unter den Bedingungen des Demografi-

diesem Grund vergabe der Generali Zukunftsfonds jährlich drei Millionen Euro an Projekte und Initiativen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Älterer.

Alles, was zur Stärkung dieses Potenzials beiträgt, sei zu unterstützen, so Sittler. Dies betreffe die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, erfordere eine Optimierung des Wissensmanagements bezüglich des Auf- und Ausbaus bürgerschaftlicher Initiativen sowie der Transparenz der Zivilgesellschaft und benötige die Etablierung einer „Kultur der Mitverantwortung und Zusammenarbeit“. Bestehende Projekte müssten zunehmend miteinander vernetzt werden. Für den Aufbau einer „nachhaltigen Er-

möglichkeitsstruktur“, zu der auch ein professionelles Freiwilligenmanagement gehöre, sei zudem der Gewinn von Akteuren und Geldgebern aus allen Bereichen der Gesellschaft vonnöten. Erforderlich seien "neue Verantwortungsgemeinschaften". Sittler wünscht sich zudem eine neue „Anerkennungskultur“ – die zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die gesellschaftlichen Erfordernisse der demografischen Entwicklung. So müsse bereits vorhandenes Bürgerengagement in der öffentlichen Wahrnehmung eine größere Wertschätzung erfahren. Die Notwendigkeit der Freisetzung des darüber hinaus bestehenden Sozialkapitals müsse in der Gesellschaft zudem stärker erkannt werden.

Die Übernahme von Eigenverantwortung durch Bürger und Organisationen ist ein wesentlicher Bestandteil von Sittlers Bild einer erstrebenswerten Bürgergesellschaft. Letztere müsse weniger Erwartungen an den Sozialstaat stellen und verstärkt eigene soziale Innovationen hervorbringen. Von wenigen existenziellen Aspekten abgesehen, könnten eigenständige Initiativen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft häufig effektiver arbeiten als der Staat.



„Der Beruf fällt [im Ruhestand] als Identität stiftendes und Leben füllendes Element weg, was vielfach als große Leere empfunden wird.“

Loring Sittler

Loring Sittler ist einer von zwei Geschäftsführern des Generali Zukunftsfonds. Mit seinem Programm "Bürger unternehmen Zukunft" fördert dieser bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – insbesondere Älterer. Neben seiner Berufstätigkeit als Geschäftsführer und Kommunikationsberater war Sittler immer bürgerschaftlich tätig. Insbesondere für die Entwicklung des Bundeswettbewerbs "Jugend debattiert" wurde ihm 2004 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Aktuelle Veröffentlichung (zusammen mit Roland Krüger): Wir brauchen Euch! Wie sich die Generation 50plus engagieren und verwirklichen kann. Murmann, Hamburg 2011.

Der Neue Graue Deal. Demografie als Motor für Wirtschaft und Bürgergesellschaft (2)

Zivilgesellschaft in Zeiten demografischen Wandels

Referent: Björn Kemeter

05. Dezember 2012

Bürgerschaftliches Engagement bildet einen wichtigen Rückhalt der Gesellschaft. In Zeiten des demografischen Wandels entstehen ein neues Potenzial der Bürgerarbeit sowie eine verstärkte Notwendigkeit, dieses auch zu nutzen. In seinem Vortrag ging Björn Kemeter, Referatsleiter im niedersächsischen Sozialministerium, auf das vorhandene Potenzial sowie auf wichtige Handlungsschwerpunkte der öffentlichen Verwaltungen und konkrete Landesprogramme zur Förderung des bürger-

von den Freiwilligen in der Regel als persönliche Bereicherung empfunden. In falschen Altersbildern, die die gesellschaftliche Rolle Älterer maßgeblich definierten, sieht Kemeter ein zentrales Hemmnis beim Ausschöpfen dieses Potenzials. Das Bild vom Alter und Altern sei zu defizitorientiert, die Wahrnehmung der Älteren zu stark von deren Einschränkungen geprägt. Stattdessen müsse der Fokus auf die Fähigkeiten und Kenntnisse der älteren Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden. Das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt stellt einen

**„Viele ältere Menschen engagieren sich bereits ehrenamtlich.
Sie wollen Verantwortung übernehmen und etwas leisten.
Teilhabe ist das Schlagwort, und hier sind vor allem die Kommunen gefordert.“**

schaftlichen Engagements ein. Sinkende Geburtenzahlen, Bevölkerungswanderung und eine steigende Lebenserwartung führten dazu, dass wir „weniger, bunter und älter“ werden. So wachse der Anteil der Gruppe der über 65-Jährigen an der insgesamt quantitativ abnehmenden Gesamtbevölkerung stetig. Viele Ältere engagierten sich bereits ehrenamtlich; weitere seien dazu bereit, Verantwortung für gesellschaftliche Belange zu übernehmen und auch im Alter etwas zu leisten. „Und dieses Engagement ist auch sehr wichtig“, betonte Kemeter. Es stärke den sozialen Zusammenhalt und werde

wichtigen Aspekt in Kemeters Vorstellungen eines erfolgreichen Freiwilligenmanagements dar. Grundsätzlich stelle sich die Frage, wie viel Ehrenamt möglich und wie viel Hauptamt nötig ist. Das Ehrenamt sei hierbei als wertvolle Ergänzung zum Hauptamt zu verstehen. Wichtig sei zudem eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, denn nur mittels gegenseitigen Vertrauens und regelmäßigem Informationsaustausch könne Transparenz geschaffen und eine erfolgreiche Zusammenarbeit aufgebaut werden.

Kemeter sieht mehrere Handlungsschwerpunkte, an denen öffentliche Verwaltungen bereits anknüpfen und verstärkt anknüpfen sollten, um bürgerschaftliches Engagement Älterer und somit die effektive Nutzung des bestehenden Potenzials zu fördern. Hierbei seien auch die Kommunen besonders gefragt. Erstens brauche es verbesserte Informations- und Beratungsangebote für Interessierte sowie die Vernetzung bestehender Angebote vor Ort, zweitens seien neue Formen des Engagements zu etablieren. Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche müssten zudem ausgebaut und ein Generationendialog – beispielsweise durch Mehrgenerationenhäuser, Seniorenservicebüros und verschiedene Jung-Alt-Projekte – zunehmend unterstützt werden. Darüber hinaus sei Engagement positiv zu sanktionieren. Die Niedersächsische Ehrenamtskarte und der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement seien Beispiele einer solchen „Anerkennungskultur“.

Das Land Niedersachsen habe, so Kemeter, bereits verschiedene Programme zur Unterstützung des Bürgerengagements und der positiven Gestaltung der demografischen Entwicklung initiiert und umgesetzt.

So werden Seniorenservicebüros, ein Landesseniorenrat (LSR), welcher auf Landesebene als Verbund kommunaler Seniorenvertretungen fungiert, sowie das Niedersachsenbüro Neues Wohnen im Alter vom Land gefördert. Letzteres unterstützt Städte, Gemeinden und private Interessenten in der bedarfsgerechten und auf Erhaltung der Selbstständigkeit ausgelegten Entwicklung quartiersbezogener Unterstützungsnetzwerke und Wohnangebote für ältere Menschen. Zudem vergeb die Landesinitiative Niedersachsen Generationengerechter Alltag (LINGA) das Qualitätssiegel Generationenfreundliches Einkaufen im Einzelhandel.



„Ältere Menschen werden oft mit ihren Krankheiten und Gebrechen in Verbindung gebracht. Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten werden dagegen meist erst nachrangig in den Blick genommen.“

Björn Kemeter

Ministerialrat **Björn Kemeter** leitet das Referat für Seniorenpolitik, Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration. Er ist unter anderem zuständig für eine neue Seniorenpolitik, die auf Bürgerengagement und aktive Gestaltung von Leben und Wohnen im Alter sowie auf Beziehungen zwischen den Generationen setzt.

Stadtentwicklung – die Wiederkehr der Stadtteile

Lebenswerte Quartiere, in denen man alt werden kann und im Bedarfsfall daheim versorgt wird

Referent: Tim Kähler

03. Mai 2012

Ein zentraler Aspekt der Gestaltung des Demografischen Wandels ist das Schaffen von Rahmenbedingungen, die der Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit im Alter zuträglich sind. Eine Quartiersgestaltung, die bedarfsgerechtes Wohnen gewährleistet, ist diesbezüglich von herausragender Bedeutung. Der Bielefelder Sozialdezernent Tim Kähler erläuterte das bundesweit beachtete Bielefelder Modell, das den Ver-

Planer vom höchstmöglichen Hilfsbedarf der künftigen Mieter aus. Zudem achte man auf gute infrastrukturelle Anbindungen, Nähe zu Arztpraxen und Einkaufsmöglichkeiten. Um den erhöhten Bedarf an Sicherheit und Betreuung zu stillen, kooperieren Wohnungsgesellschaften mit ambulanten Pflegediensten, wodurch eine 24-stündige Versorgungssicherheit im Quartier gewährleistet sei. Hierbei falle keine Betreuungs-

„Alltag im Alter heißt vor allem Wohnalltag.“

bleib im vertrauten Quartier auch bei steigendem Alter und zunehmender Hilfsbedürftigkeit ermöglicht. Hauptziel des Bielefelder Modells ist es, Mietern auch bei steigender Hilfsbedürftigkeit das möglichst selbstständige Wohnen im vertrauten Umfeld und den eigenen Wohnungen zu ermöglichen. Hierbei baut es auf bestimmten Grundsätzen und Annahmen auf: Die Wohnbedürfnisse älterer Menschen, so Kähler, seien demnach nicht grundsätzlich von denen der jüngeren zu unterscheiden. Da Ältere jedoch bis zu 85 Prozent ihrer Zeit in ihren Wohnungen verbrachten, bedeute Alltag im Alter insbesondere Wohnalltag. Dies bedinge erhöhte Anforderungen an die bauliche Gestaltung und technische Ausstattung der Wohnanlagen. Auch das Bedürfnis nach Sicherheit und Versorgung steige. Das Modell kombiniert daher barrierefreies Wohnen mit hohen Betreuungsstandards: Bereits beim Bau oder Umbau der Wohnungen gingen die

pauschale an, was, so führte Kähler aus, eine wichtige Innovation darstelle. Die Mieter zahlten eine normale Miete. Zusätzliche Versorgungskosten fielen nur im Falle der tatsächlichen Inanspruchnahme entsprechender Leistungen an.

Um die Wirtschaftlichkeit des Betreuungsmodells dennoch sicherzustellen, werde ein Teil der Wohnungen schon beim Erstbezug eines Quartiers an Mieter mit erhöhtem Versorgungsbedarf vergeben. Das Entstehen eines „Pflegeheimcharakters“ könne hierbei vermieden werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt des Bielefelder Modells ist daher das integrative Wohnen. So wolle man keine reinen Senioren-Quartiere schaffen, sondern setze stattdessen auf eine möglichst starke Mischung der Mieterstruktur, so der Sozialdezernent. Das Zusammenleben junger und alter

Menschen, Behinderter und Nichtbehinderter sowie Kranker und Gesunder solle in den Quartieren ermöglicht werden. Die Nachbarschaften werden im Bielefelder Modell nicht ausschließlich als Wohnquartiere verstanden. Sie sollen darüber hinaus auch ein Ort der Kommunikation und der Begegnung der Generationen sein, so dienten beispielsweise Wohncafés als Treffpunkte. Auch stünden den Mietern Gästewohnungen und weitere Funktionsräume zur Verfügung. Die erfolgreiche Umsetzung des Bielefelder Modells wird durch eine breite und enge Kooperation verschiedener lokaler Akteure realisiert.

Unter Einbeziehung der Stadt Bielefeld wurde das Modell durch Zusammenarbeit der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft BGW (Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH) als Vermieter und Organisator mit dem Verein "Freie Altenhilfe Alt und Jung e.V." konzipiert. Träger zu finden, die in die Quartiere investieren, sei zunächst schwierig gewesen.

Geringe Fluktuation und eine bessere Auslastung der Wohnquartiere seien laut Kähler jedoch wirtschaftliche Vorteile, die die Wohnungswirtschaft überzeugten.



„Anfangs war es schwierig, Träger zu finden, die erst einmal in ein Quartier investieren. Jetzt stehen sie Schlange.“

Tim Kähler

Tim Kähler ist Erster Beigeordneter und Sozialdezernent der Stadt Bielefeld. Bielefeld verfolgt eine präventive Politik zur Stärkung der einzelnen Stadtteile. Bekannt geworden ist z.B. das Bielefelder Modell, das auf Quartiersebene Versorgungssicherheit im Alter und Bürgerengagement gewährleistet.

Die Mischung macht's: Viertel zum Leben und Arbeiten für Jung und Alt

Die vielfach ausgezeichnete Quartiersentwicklung mit Bürgern in Tübingen

Referent: Cord Soehlke

05. November 2012

Was kann Osnabrück von Tübingen lernen? Wie in Osnabrück durch den Abzug der britischen Streitkräfte im Jahr 2009, so sind auch in Tübingen – die französischen Truppen verließen die schwäbische Stadt bereits 1991 – große Konversionsflächen entstanden. Für die Osnabrücker Stadtentwicklung steht seither eine zusätzliche Fläche von rund 160 Hektar zur Verfügung. In Tübingen fand in der Folge des Abzugs eine preisgekrönte Quartiersentwicklung statt. Es entstanden durchmischte und bedarfsgerechte Wohnviertel für Jung und Alt, die zudem durch einen starken Netzwerkcharakter geprägt sind. Der Tübinger Baubürgermeister Cord Soehlke berichtete, anhand welcher Maßnahmen und Instrumente die Stadt diese Entwicklung steuerte.

Quartier von Beginn an selbst definieren und somit bedarfsgerecht gestalten könnten – ein Modell, das den Charakter einer Stadt präge und die Identifikation mit dem eigenen Wohnviertel stärke.

Im Tübinger Modell übernimmt die Stadt eine Lenkungsrolle. Anhand der gezielten Flächenvergabe steuert sie die Quartiersentwicklung: Die Stadt erwirbt die Grundstücke und vergibt sie zu Festpreisen an die Baugemeinschaften. Denn ein Preiswettkampf, so der Baubürgermeister, solle verhindert werden, eine Vergabe ausschließlich nach bestimmten Qualitätskriterien und zugunsten des am besten geeigneten Interessenten erfolgen. So werde von der Stadt immer hinterfragt,

„Das Gestalten der Quartiere durch Baugemeinschaften prägt den Charakter einer Stadt und stärkt die Identifikation mit dem Viertel.“

Bei der Quartiersgestaltung wird in Tübingen nicht auf das klassische Baurägermodell gesetzt. In jenem kaufen einzelne Investoren Flächen, bebauen sie und verkaufen oder vermieten den entstandenen Wohnraum anschließend. In den Tübinger Quartieren seien hingegen 80 bis 90 Prozent der Häuser von Baugemeinschaften errichtet worden, so Soehlke. Baugemeinschaften sind Zusammenschlüsse von Privatleuten, die gemeinschaftlich bauen. Dies habe gegenüber dem Baurägermodell den Vorteil, dass die Menschen ihr eigenes

was ein einzelnes Projekt dem ganzen Quartier bringt. Man arbeite hierbei bewusst auf eine Nutzungsmischung – hierunter versteht man das Verbinden der Faktoren Wohnen und Arbeiten innerhalb eines Quartiers – sowie auf eine bunte soziale Durchmischung hin. Auch eine Mischung der Generationen sei laut Soehlke in den Tübinger Quartieren gegeben. Der Demografische Wandel Sorge für veränderte Bedarfe. Viele Ältere zögen daher im Anschluss an ihre Familienphase vom Land wieder in die Stadt, wo sie ausgeprägte Netzwerke und gute

infrastrukturelle Bedingungen vorfinden. So führe das Modell der Baugemeinschaften naturgemäß zu guten Kontakten unter den Nachbarn. Infrastruktur und kurze Wege, gute Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten vor Ort sowie gelebte Nachbarschaft seien Stärken der entstandenen Quartiere und Faktoren eines bedarfsgerechten Lebens im Alter. Auch hätten die Baugemeinschaften zahlreiche Beispiele für generationenübergreifendes Wohnen oder gemeinschaftliches Wohnen im Alter hervorgebracht.

Thomas Rolf, Projektleiter Konversion der Stadt Osnabrück, verwies im Anschluss an Soehlkes Vortrag auf die Baugemeinschaft am Glogauer Weg im Osnabrücker Stadtteil Sonnenhügel. Die Verwaltung, so Rolf, stehe dem Projekt positiv gegenüber. So habe man aufgezeigt, wie man ein Baugemeinschaftsprojekt „professionell angehen kann“. Im Allgemeinen werde in Osnabrück jedoch das Bauträgermodell bevorzugt.



„Ich verspreche mir von meinem Wohnquartier schon, dass ich [im Alter] nicht von einem Tag auf den anderen raus bin aus dem Alltagsleben.“

Cord Soehlke

Seit 2010 ist Cord Soehlke Baubürgermeister der Stadt Tübingen. Als Architekt und Stadtplaner hat Soehlke ab 1997 an der Tübinger Südstadt-Entwicklung mitgearbeitet, ab 2001 als Leiter des zuständigen Stadtsanierungsamts, ab 2003 auch als Geschäftsführer der neuen städtischen Grundstücksgesellschaft. Mit Baugemeinschaften wurden militärische Konversionsflächen zu lebendigen und gemischten Stadtvierteln transformiert. Die Tübinger Quartiersentwicklung hat zahlreiche Preise erhalten, unter anderem den europäischen Städtebaupreis.

Alter(n) hat Zukunft – auch in Osnabrück

Wolfgang Timm, Projektleiter Chancen des Alterns

Eine neue Kultur des Alterns in einer Stadt des langen Lebens

Die demografischen Umwälzungen sind tiefgreifender als die aktuell diskutierten Themen wie Geburtenzahl, Arbeitskräftemangel, Bevölkerungsanteil der Älteren. Wir erleben vielmehr einen Kultur- und Gesellschaftswandel historischen Ausmaßes. Die Welt altert rapide. Japan und Europa sind in diesem Transformationsprozess nur die Vorreiter. Unsere gewohnte Welt vom Typus „junge Industriegesellschaft“ wird Geschichte. Das 21. Jahrhundert wird geprägt durch eine „Gesellschaft des langen Lebens“. Damit steht eine Neubewertung der zu erwartenden Lebensdauer und damit unseres Planungshorizonts an¹. Die entscheidende Frage wird sein: Wie wollen wir unser Leben als Einzelne und als Gemeinschaft organisieren (von Partnerschaft und Familie über Nachbarschaft, Betrieb, Gemeinde, Zivilgesellschaft sowie Wirtschafts- und Sozialsystem bis hin zu nationalen und supranationalen Prozessen), wenn unser Leben im Mittel 90 Jahre oder länger² währt, und für lange Zeit die Generationen 50+ dominieren?

Durch die sozialen Sicherungssysteme wurde das Alter faktisch in eine gesellschaftliche „Rollenlosigkeit“ entlassen. Wie kann eine dezidiert „offene“ Lebensphase lokal gestaltet werden, die durch Vorruhestandsregelungen bisweilen bis zu 50 Lebensjahre dauern kann? Was sind tragfähige Aufgaben und Formen des aktiven Alterns (einschließlich des erwerbs- oder bürgeraktiven Alterns), und welche Ansätze der Förderung brauchen, welche vertragen sie? Wie werden überhaupt bei einer verlängerten Lebensspanne für die Lebensstadien von jung bis alt neue gesellschaftliche Rollen gefunden? Wir brauchen eine neue Vorstellung von Stadt: Wie sieht eine Stadt des langen Lebens aus, die zugleich eine ökologische Transformation zu bewältigen hat? Eine Stadt mit faktisch fünf Generationen (vom Säugling bis zum Hundertjährigen), deren Anteile sich deutlich verschieben? Wie werden die unterschiedlichen Familien- und Sozialbeziehungen der Generationen, wie ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Rollen und ihr Unterstützungsbedarf ausbalanciert?

¹Die mittlere Lebenserwartung von 60-Jährigen in Deutschland beträgt heute (Stand 2009) rund 85 Jahre und in etwa vier Jahrzehnten 90 Jahre (zwei Jahre weniger/mehr für Männer/Frauen). Bei den Frauen des Jahrgangs 1975 werden vermutlich erstmals 50 Prozent mindestens 90 Jahre und 25 Prozent 95 Jahre alt. Diese Daten beruhen auf den aktuellen Generationensterbetafeln für Deutschland des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2011 (Modellrechnungen für Geburtsjahrgänge 1896- 2009, Variante 2). Diese erlauben, mit den erforderlichen methodischen Vorbehalten, eine Längsschnittbeobachtung für Geburtsjahrgänge, einschließlich ihrer Prognose der Lebenserwartung. Die üblicherweise zitierten Periodensterbetafeln beruhen hingegen auf einer Querschnittsbetrachtung der aktuellen Sterblichkeitsverhältnisse aller Altersgruppen, enthalten also entgegen der Bezeichnung „Lebenserwartung“ keine Zukunftsaussage.

²Internationale Trendanalysen für Lebenserwartungen konstatieren „die 100 in Sicht“ - im Durchschnitt wohlgemerkt. Vgl. Demografische Forschung, 2012, Nr.3.

Wie kann lokale Steuerung funktionieren, angesichts der fiskalischen Zwänge sowie der demografischen Schrumpfung- und Umschichtungstendenzen; angesichts der Eigendynamik von Wirtschaft und Handel, Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung, aber auch angesichts des eher ungesteuerten Gesundheits- und Pflegesektors; und angesichts der vielfältigen Formen des Bürgerengagements und von digitalen Netzen? Sind Sozialraum- oder Stadtteilkonzepte, koordinierte/budgetierte Versorgungsnetze, lokale Bündnisse und neue gemischte Verantwortungsinfrastrukturen möglicherweise Teil der Lösung?

Altersstrukturwandel – die Wirtschaft als Innovationskraft

In der Wirtschaft werden die quantitativen und qualitativen Dimensionen der demografischen Umwälzung vielfach noch eingeschränkt als „Arbeitskräfteproblem“ wahrgenommen. Unternehmen und Dienstleistern, dem öffentlichen Dienst sowie Sozial- und Gesundheitsbetrieben ist deshalb anzuraten, ihre gesamte innere Organisation und ihr Unternehmenskonzept demografietauglich zu machen. Dazu gehören eine neue Unternehmens- und Führungskultur, die Innovationsorientierung gerade mit gealterten Belegschaften, gesundheitsgerechte und altersförderliche Arbeitsbedingungen, Familiengerechtigkeit sowie kontinuierliche Personalförderung. Ebenso gilt es, sich auf permanent wandelnde Umfeld- und

Marktbedingungen einzustellen. Schon jetzt ist das Marktgeschehen wesentlich durch die Generation 50+ bestimmt. Und schließlich sollten Wirtschaftsorganisationen (Kammern, Verbände, Branchenorganisationen, Gewerkschaften) sowie Infrastruktur- und Vernetzungseinrichtungen der Wirtschaft bei der demografischen Transformation in der Region eine Schlüsselrolle spielen, zum Beispiel durch Analysen und Strategien, neue Verantwortungsstrukturen und konzertierte Aktionen, Modellversuche und Innovationsbegleitung.

Beim Bildungswesen geht es u. a. um eine stärkere Mitverantwortung für Chancengerechtigkeit und Förderung (statt Selektion) und für die Ausschöpfung von Potenzialen (Migranten, Abbrecher). Auch sollten innovative Modelle in Trägerschaft oder Mitverantwortung von Unternehmensverbänden genutzt werden: Hierzu gehören z.B. Produktionsschulen oder Stadtteilschulen mit Projekten in Wirtschaft und Quartier, schulintegrierte Berufsqualifizierung sowie duale Studiengänge. Bedeutendes Neuland wird die Mitverantwortung der Wirtschaft für eine Umsteuerung im Gesundheits- und Sozialwesen sein. Das Ziel, die Gesundheit der Mitarbeiter sowie Arbeiten bis 67 und darüber hinaus zu sichern, sollte Unternehmensorganisationen veranlassen, in regionalisierte Gesundheitsnetze mit klaren Erfolgsanreizen für die Prävention und Rehabilitation von chronischen Krankheiten zu investieren.

Schon aus eigenem Interesse sollten es sich die Wirtschaftsorganisationen zur Aufgabe machen, das lokale Umfeld mitzugestalten. Verantwortungsgemeinschaften von Wirtschaft, Kommune und organisierten Nachbarschaften können sich z.B. für eine alters- und familiengerechte Stadtentwicklung einsetzen. Die integrative Stadtteilentwicklung wird angesichts „ausblutender“ Quartiere und „vergessener“ Stadtteile auch zum Überlebenssthema der Wirtschaft. Eine Stadt der kurzen Wege fördert durch die Relokalisierung von Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistung in die Stadtteile urbane Qualität sowie wohnnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze, Kundennähe und ökologische Erneuerung. Zudem bieten neue Strukturen der „verlässlichen Nachbarschaft“, der „Versorgungssicherheit im Quartier“ und des generationsübergreifenden Wohnens zukunftsorientierte Lösungsmodelle für eine alternde Gesellschaft.

Reif genug für die Zivilgesellschaft – Bürger machen Zukunft.

Ausmaß und Spektrum von bürgerschaftlichem Engagement, Freiwilligentätigkeit und Vereinsleben weisen auf gewaltige Dimensionen hin. Es fehlt an Transparenz und Systematik der Zivilgesellschaft, ebenso fehlt die Einschätzung ihrer sozialen und ökonomischen Bedeutung für eine alters- und generationengerechte Zukunftsentwicklung. Unsere Gesellschaft

kennt ihr „soziales Kapital“ nur oberflächlich und kann es folglich auch nicht angemessen würdigen und gezielt entwickeln. Basierend auf aktuellen Erhebungen und Systematisierungen zum Non-Profit-Sektor und zum Bürgerschaftlichen Engagement sollte schrittweise Transparenz über Leistungsfähigkeit wie Entfaltungschancen der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene erreicht werden. Empfohlen wird, dass die lokalen Stiftungen als eine Organisationsform des Bürgerengagements (in Verbindung mit Sparkassen/Banken, Genossenschafts- und Wirtschaftsorganisationen) die Initiative ergreifen, um lokale Berichte zum Bürgerengagement zu erstellen. Damit kann auch der Diskurs gefördert werden, wie vor Ort ein zukunftsfähiger Wohlfahrtsmix aus Staat/Kommune/Sozialleistungsträgern, Marktanbietern sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Zeiten der fiskalischen Zwänge erreicht werden kann³. In diesen Prozess der Zielklärung, Vernetzung und Entwicklung von Handlungsprogrammen muss ein breites Spektrum von bürgerschaftlichen Organisationen einbezogen werden (z.B. durch Themenforen sowie „Jahrmärkte“ des Bürgerengagements). Engagementberichte und Handlungsprogramme sollten zu einer lokalen Engagementpolitik und damit zu einer regelmäßig erneuerten Strategie der örtlichen Zivilgesellschaft zusammengeführt werden. Diese benötigt eine konsequent organisierte Ermöglichungs- und Förderungs-Infrastruktur⁴.

³Für überörtliche Projektunterstützung und Beratung sind z.B. der Generali Zukunftsfonds, die Schader Stiftung sowie das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI, Heidelberg) zu empfehlen.

⁴Die Ermöglichungsinfrastruktur kann auch als Zentrum-Satelliten-Modell aufgebaut sein, wenn es gelingt, Freiwilligenagentur, Seniorenservicebüro, Agenda-Arbeitskreise, Selbsthilfekontaktstelle, Stiftungen, Wirtschafts- und Sozialorganisationen, Erwachsenenbildung und Stadtteilnetze in die gemeinsame Strategie einzubinden und die Handlungsprogramme arbeitsteilig, aber in gemeinsamer Verantwortung durchzuführen.

Ein Gemeinwesen für alle Generationen

Auf der lokalen Ebene beeinflussen sich die demografischen Veränderungen aus den einzelnen gesellschaftlichen Sektoren wechselseitig. Und im Gemeinwesen besteht auch die entscheidende Chance, innovative Ansätze zur Gestaltung des demografischen Wandels im Zusammenwirken verschiedener Akteure zu entfalten. Vorgeschlagen wird deshalb eine dauerhafte Gemeinschaftsaktion zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen unter der Devise: „Osnabrück für alle Generationen – ein Handlungsprogramm“. Unter Bezug auf aktuelle Forschungsergebnisse, Demografieprogramme und Praxismodelle wird ein mehrjähriger Veranstaltungs- und Diskussionsprozess empfohlen. Mögliche Themen: Veränderung und Differenzierung von Lebensstadien, Lebens- und Tätigkeitsformen im Lebenslauf; Beiträge der Generationen zum Gemeinwesen (zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Potenziale); Generationengerechtigkeit, Generationensolidarität und Generationendistanz im Gemeinwesen. Aus diesem Diskurs sollten schrittweise Leitlinien, Handlungsprogramme und Strukturen für eine lokale Generationenpolitik entstehen. Das Lebenszyklus-Konzept hat das Potenzial, zur Leitidee für ein altersgerechtes Gemeinwesen zu werden. Die Generationenpolitik sollte als sektorenübergreifender Ansatz, als neue Verantwortungsgemeinschaft angelegt sein, um die Mitverantwortung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche zu unterstreichen, um Breitenwirkung zu erzeugen und um die kommunalen Ressourcen-Begrenzungen zu überwinden. Organisatorisch sollte Wert darauf gelegt werden, die Sektoren Staat (einschließlich Kommune und Sozialversicherungen), Wirtschaft und Zivilgesellschaft annähernd gleich zu repräsentieren. Für die Steuerung wird ein sektoren- und ressortübergreifender Koordinationsstab mit hauptamtlichem

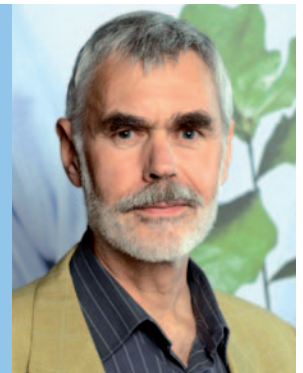
Personal vorgeschlagen: z.B. als „Leitstelle Generationen in Osnabrück“. Der Koordinationsstab organisiert Bestandsaufnahmen und bereitet Routinedaten auf, organisiert Programmkonferenzen, kommuniziert Zwischenergebnisse, pflegt Netzwerke, Projekte und Plattformen und koordiniert bzw. unterstützt die Geschäftsführung der selbstorganisierten Programmbereiche/Projektgruppen. Diese sind in der Regel organisationsgemischt und von Bürgerbeteiligung gekennzeichnet.

Als wichtige Programmbereiche/Projekte sind zu nennen:

- *Wissen und Handeln für eine Gesellschaft des langen Lebens*
- *Wohnformen und Wohnungswirtschaft für alle Generationen*
- *Altersgerecht und familiengerecht Arbeiten und Wirtschaften*
- *Produkte, Dienste und Märkte für alle Generationen*
- *Gemeinwohl – die Balance von Markt, Staat und Zivilgesellschaft*
- *Lebendige Stadtteile und Unterstützungsnetze im Quartier*
- *Vielfalt des Lebens – Vielfalt des Alters – Vielfalt der Herkunft*
- *Gesundheit für alle Generationen (Prävention und Rehabilitation im Stadtteil)*

„Die Generationenpolitik sollte als neue Verantwortungsgemeinschaft angelegt sein.“

Wolfgang Timm
Mitglied der Bürgerstiftung
Osnabrück



Interview mit Rita Maria Rzycki, Stadt Osnabrück

Fragen: Wolfgang Timm

Mit der Veranstaltungsreihe zum Europäischen Jahr wollte die Bürgerstiftung die Chancen des Alterns verdeutlichen. Das war auch als Kontrapunkt zur vorherrschenden Bedrohungsdiskussion über den demografischen Wandel gedacht. Gibt es Aspekte, die Sie besonders ansprechen oder die Sie für Osnabrück besonders wichtig halten?

Das neue Bild des Alterns in Kombination mit dem Thema Stärkung der Zivilgesellschaft ist für mich wichtig. Ob es so neu ist, ist die andere Frage. Man hat auch früher gerne gesagt „man ist so alt, wie man sich fühlt“ – ich glaube dieser Satz ist für die kommende ältere Generation durchaus richtig. Viele suchen nach dem Berufsausstieg neue Aktivitäten. Wenn die Gesundheit stimmt, möchten viele sich weiter engagieren und der Gesellschaft auch etwas aus ihren Erfahrungen zurückgeben. Wir beobachten das in der Freiwilligen-Agentur und viele Organisationen melden uns das auch zurück. So entstehen viele neue Projekte mit Ehrenamtlichen.

In der Tat suchen die Älteren sinnerfülltes freiwilliges Handeln. Dazu gehören die vielen neuen Projekte der sogenannten Bildungspatenschaften. In Osnabrück sind mittlerweile über die Freiwilligen-Agentur an vier Grundschulen Lesepatenprojekte entstanden, ein fünftes ist in Planung. Im Seniorenservicebüro hat sich zusätzlich in der Gruppe Aktiv 55+ eine Hausaufgabenhilfe für benachteiligte Kinder gegründet, die mit der Gruppe der Förderschullehrer in Osnabrück eng zusammenarbeitet. Eine wichtige Fragestellung ist auch, wie lange kann ich in meiner Wohnung bleiben und dadurch

auch selbst im Krankheitsfalle eine gewisse Eigenständigkeit erhalten. Dazu haben wir die ehrenamtlichen WohnberaterInnen, die in Wohnungen gehen und beraten, ob man diese komfortabler umgestalten kann. Leider sind heute noch nicht alle Wohnungen dafür geeignet. Eine wichtige Fragestellung für die Stadtplanung ist daher, auch in Neubaugebieten auf das barrierefreie / -arme Wohnen Einfluss zu nehmen.

Die Nachbarschaftshilfen sind ein weiterer wichtiger Punkt: Durch die dezentrale Ansiedlung der Nachbarschaftshilfevereine in den Stadtteilen, sind hier Organisationen entstanden, die je nach Größe und Engagement niedrigschwellige Hilfen für auch ältere Menschen anbieten. Besuchsdienste, Demenzbegleiter und auch Hilfen für pflegende Angehörige gehören genauso dazu wie die Möglichkeit, an geselligen Gruppentreffen (Kegel- oder Tanzgruppen etc.) teilzunehmen. Jede Nachbarschaftshilfe hat sich am Bedarf im eigenen Stadtteil eigenständig entwickelt.

Viele Menschen bereiten sich schon früh auf das Wohnen im Alter vor. Neue Wohnformen werden gesucht. Für die Vernetzung von Suchenden ist das Wohncafe entstanden, das sehr gut nachgefragt wird. Auch der Osnabrücker Lokale Agenda 21 Prozess hat einen sehr aktiven Arbeitskreis Wohnen und Leben im Alter. Der Arbeitskreis ist ein Netzwerk aus Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Institutionen und setzt sich insbesondere für das barrierefreie Bauen und Wohnen ein. Genannt sei hier die Broschüre „Wohnen im Alter in Osnabrück“. Gleichzeitig werden hier aktuelle stadtentwicklungspolitische Themen rund um das Älterwerden in Osnabrück behandelt. Beispielthemen: Förderung von Wohnprojekten, Wegfall eines Einkaufszentrums am Salzmarkt, Weiterentwicklung der Senioren- und Wohnpolitik.

Man sieht, es läuft schon viel in der Stadt Osnabrück, aber es bleibt eine ausbaufähige Zukunftsaufgabe. Deshalb ist die Verwaltung gerade dabei, ein neues strategisches Stadtentwicklungs-konzept zum Thema Älterwerden in Osnabrück zu erstellen. Dabei werden auch die verschiedenen geförderten Programme, wie die Arbeit des Seniorenservicebüros, die Ergebnisse vom Projekt Einsamkeit im Alter ausgewertet. Die Dokumentation der Veranstaltungsreihe Chancen des Alters der Bürgerstiftung wird dabei auch sehr nützlich sein. Wenn wir uns mit der Zukunft in Osnabrück beschäftigen, ist die Aufgabe aber nicht nur eine städtische. Alle Akteure sind aufgerufen, sich einzubringen und mitzumachen, das Alter in Osnabrück positiv zu gestalten.

Häufig werden Bürgerengagement und Freiwilligenarbeit zum Entwicklungslabor für neue Handlungsfelder im Gemeinwesen. Viele Beispiele gibt es in den Bereichen Umwelt, Stadtteil, Generationenwohnen, Nachbarschaftshilfe, Alter, Frauen, Kultur usw. Mit Blick auf den Demografischen Wandel: Wie könnte man die Engagementansätze in Osnabrück weiter entwickeln – und damit auch eine umfassende Engagementpolitik vorbereiten helfen?

Die Stadt Osnabrück hat mit der Einrichtung einer Freiwilligen-Agentur schon im Jahre 2002 auf diese Entwicklung reagiert. Seit dieser Zeit ist dem freiwilligen Engagement in Osnabrück eine größere Aufmerksamkeit zuteil geworden. Mit der Einrichtung des Seniorenservicebüros sind weitere engagementfördernde Strukturen entstanden. Zukünftig müssten für die weitere Unterstützung von freiwilligem Engagement dezentralere Strukturen im Rahmen von hauptamtlichem Freiwilligenmanagement eingezogen werden.

Quartiersprojekte und andere ehrenamtliche Strukturen brauchen Strukturierung und Koordination von Fachleuten, die sich mit diesen Dingen auskennen.

„Alle Akteure sind aufgerufen, das Alter in Osnabrück positiv zu gestalten.“

Rita Maria Rzycki
Stadt Osnabrück, Vorstand 2: Familie, Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziales, Sport



Machen Sie mit!



Bewege deine Stadt!

BÜRGERSTIFTUNG OSNABRÜCK

Bürgerstiftung Osnabrück
Geschäftsstelle
Bierstr. 28, Rathaus
49074 Osnabrück
Telefon: 0541 323-1000
Telefax: 0541 323-151000
E-Mail: buengerstiftung@osnabrueck.de
www.buengerstiftung-os.de

Möchten Sie stiften oder spenden, nutzen Sie bitte eine der folgenden Bankverbindungen. Danke!

Sparkasse Osnabrück, BLZ 265 501 05,
Konto-Nr. 21 21

Deutsche Bank AG, BLZ 265 700 90,
Konto-Nr. 050 222 900

